

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

5. Oktober 2022

MdL Torsten Koplín

TOP 9

Aussprache gemäß § 43 Nummer 2 GO LT

Long Covid und seine Folgen - Versorgung, Forschung und Beratung für Betroffene ausbauen

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
Sehr geehrte Abgeordnete,
meine Fraktion erreichen immer wieder E-Mails und Briefe von Menschen, die nicht mehr ein noch aus wissen. Der Grund: entweder sind sie selbst oder enge Familienangehörige am Long bzw. Post Covid Syndrom erkrankt.

Diese Menschen berichten von ihrer Odyssee durch die Arztpraxen, von ratlosen Mediziner*innen, davon, nicht ernst genommen zu werden - „Das ist alles nur psychisch“, heißt es dann. Sie berichten von verständnislosen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, von der Hoffnung auf Heilung und von der Verzweiflung darüber, dass es diese im Moment einfach noch nicht gibt.

Angesichts dessen ist gar von einer „Pandemie der Unbehandelten“ die Rede.

Diese Beschreibungen und die dahinterstehenden Leidenswege erschüttern mich zutiefst. Es muss furchtbar sein, wenn sie von einem Tag auf den anderen nur noch 40 Prozent ihres Leistungsvermögens zur Verfügung haben – an schlechten Tagen sogar deutlich weniger. Und damit nicht genug. Denn mit Long Covid geht ein Mix verschiedenster Symptome einher, neben der körperlichen und geistigen Erschöpfung etwa Atemnot, Konzentrations- und Gedächtnisprobleme, Störungen der Nerven- und Muskelfunktion oder depressive Verstimmungen und Angstzustände.

Nach Angabe der Greifswalder Professorin Dr. Anke Steinmetz beklagen die dortigen Long Covid Patient*innen im Durchschnitt mehr als fünf verschiedene Symptome, manche sogar mehr als zehn.

Von solchen Langzeitfolgen einer Covid 19-Erkrankung sind Menschen aller Altersgruppen betroffen – Kinder und Jugendliche, Erwachsene und ältere Menschen.

Auch wenn die Zahlen mangels ausreichender Datenlage noch mit Vorsicht zu betrachten sind, schätzen aktuelle Studien, dass circa 10 bis 15 Prozent der Corona-Patientinnen und -Patienten am Long- oder Post-Covid-Syndrom leiden, der absolute Großteil ist im erwerbsfähigen Alter.

Für Mecklenburg-Vorpommern gehen die Expert*innen der Unimedizin Greifswald aktuell von mindestens 70.000 potenziellen Long Covid Betroffenen aus. Dabei scheint es Frauen häufiger zu treffen als Männer.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
diejenigen, die sich an uns wenden, wollen zunächst einmal wahr- und ernst genommen werden. Das ist mit warmen Worten aber nicht getan. Denn von uns als Politik fordern diese Menschen in allererster Linie die Bereitstellung von Mitteln für die Erforschung von Therapie- und Heilverfahren. Und ich finde, das fordern sie mit gutem Recht.
Daher freue ich mich sehr, dass es uns gelungen ist, über den M-V Schutzfonds eine Kombination aus Grundlagenforschung, Versorgungsforschung und Therapierprobung an den Universitätsmedizinen Greifswald und Rostock zu gewährleisten.
Darüber hinaus werden wir die zwingend notwendige interdisziplinäre Diagnostik an den universitären Spezialambulanzen sichern und durch eine sektorenübergreifende Vernetzung von Allgemeinmediziner*innen, verschiedensten Fachärzt*innen und dem kürzlich eröffneten Long COVID Institut in Rostock weiter ausbauen.

Erfreulich ist auch, dass wir damit die verschiedenen, bislang parallellaufenden Aktivitäten im Land sinnvoll zusammenführen können. Außerdem soll ein Abrechnungssystem entwickelt werden, nach dem die Diagnostik und Behandlung von Post- und Long-Covid endlich über die Krankenkassen abgerechnet werden können.

Letzteres ist besonders hervorzuheben, denn bundesweit existieren noch immer keine Abrechnungsnummern für Long Covid Diagnose- und Therapieverfahren. Für die betroffenen Patient*innen ist es eine Zumutung, wenn notwendige medizinische Maßnahmen aufgrund von bürokratischen Hürden im Sinne einer fehlenden Finanzierungsgrundlage nicht durchgeführt werden können. Um das zu vermeiden, sind die Mediziner*innen aktuell gezwungen, ihre Aufwendungen irgendwie querzufinanzieren.
Das ist nicht haltbar. Dafür müssen schnellstmöglich bedarfsgerechte Lösungen gefunden werden.

Bedarfsgerecht, liebe Kolleginnen und Kollegen, heißt in diesem Fall individuell kalkulierbar, und zwar hinsichtlich der notwendigen Maßnahmen und der Behandlungsdauer. Mit den so „beliebten“ Einheitspauschalen ist es bei einer derart komplexen Erkrankung keinesfalls getan.

Aus den benannten Gründen kann im Übrigen auch das Long Covid Institut in Rostock zunächst keine gesetzlich Versicherten aufnehmen, es sein denn, sie zahlen die Behandlung selbst. Das muss schnellstmöglich abgestellt werden. Wir werden weder bei Long Covid noch bei irgendeiner anderen Erkrankung eine Zwei-Klassen-Medizin zwischen privat und gesetzlich versicherten Patientinnen und Patienten akzeptieren!

Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete,
zu guter Letzt möchte ich noch auf eine Tatsache hinweisen, die mich besonders ärgert. Durch das Phänomen Long-Covid ist eine Erkrankung ins öffentliche Licht gerückt, die es bereits lange vor dem Sars Cov-2-Virus gab. Sie trägt den etwas schwer über die Lippen gehenden Namen Myalgische Enzephalomyelitis/ Chronisches Fatigue Syndrom oder kurz ME/CFS. Mittlerweile ist uns ME/CFS als schwerste Form des Post-Covid-Syndroms bekannt, erstmalig beschrieben wurde die Erkrankung bzw. ihre Symptomatik aber bereits im Jahre 1968.

Seitdem leiden hunderttausende Menschen – aktuell sind es in Deutschland etwa 250 000 Betroffene, darunter ca. 40.000 Kinder und Jugendliche – an den lebenszerstörenden, alle Kräfte raubenden Folgen, ohne, dass sich Politik oder große Teile der Gesellschaft besonders darum gekümmert hätten. Ein Umstand, der sicherlich auch darauf beruht, dass solche Patient*innen aus dem sozialen Fokus verschwinden, da ihnen die Teilhabe am sozialen Leben häufig nicht mehr möglich ist. Damit stehen wir vor der Situation, dass ME/CFS, obwohl seit über 50 Jahren bekannt, noch immer zu wenig erforscht, dementsprechend kaum behandelbar und schon gar nicht heilbar ist.

Offenbar trifft auch hier zu, was die Long-Covid erkrankte Lehrerin Ricarda Piepenhagen zur aktuellen Situation ihrer Leidensgenoss*innen sagt: „Dass wir so wenig gehört werden, hat einen einfachen Grund: Menschen, die im Bett liegen, können nicht demonstrieren gehen.“

Damit muss jetzt Schluss sein.

Und deshalb möchte ich zum Abschluss meiner Rede eine Botschaft an die Betroffenen aussprechen: Wir haben Sie gehört und wir nehmen ihre Leiden ernst!

Die Projekte, die wir nun aus Landesmitteln unterstützen, werden einen wichtigen Beitrag leisten, der weit über unser Bundesland hinausstrahlen dürfte.

Zugleich fordere ich die Verantwortlichen in der Bundesregierung auf, auch ihrerseits alles Nötige für die vielen Long Covid Betroffenen zu tun. Der bisherige Kampf gegen das Corona Virus hat gezeigt, dass vieles möglich ist, wenn man nur will.

Vielen Dank.